



Haushaltsrede 2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Gäste!

Unredlich

Heute hier eine Haushaltsrede zu halten ist nicht einfach. Zwänge, die, zu großen Teilen von außen, den heute zu verabschieden Haushalt beeinflussen sind unumstößlich zur Kenntnis zu nehmen. Es ist dabei die Art und Weise zu bemängeln, wie die Mehrheitsfraktionen hier in Hennef die Haushaltberatungen stattfinden haben lassen. Unredlich ist es wie CDU und FDP vorgehen. Erst aus der Zeitung war zu entnehmen, dass eine Steuererhöhung als Lösung der prekären Finanzsituation mit diesem Haushalt zu verabschieden sei. Geplant ist eine Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer um 25 Prozentpunkte. Nach Rückfrage war es keinesfalls die Verwaltung, die einen solchen Schritt vorschlug, es waren die Mehrheitsparteien und diese haben dann aber nicht die Courage es auch als einen solchen eigenen Vorschlag der Bevölkerung gegenüber zu formulieren. Nein, es soll ja nicht der Eindruck entstehen, dass die FDP mit der CDU die Steuern erhöhen möchte. Nein, diese beiden Parteien haben keinen A... in der Hose und schieben die Verwaltung vor. Das ist feige und muss daher auch hier und heute so deutlich der Hennefer Bevölkerung gegenüber mitgeteilt und richtig gestellt werden.

FDP und CDU sind die Steuererhöhungsparteien.

Aber dies ist nur ein Aspekt unter vielen. Wenn Hennef's Finanzsituation sich so miserabel darstellt, was u.a. durch den im letzten Dezember von der Landesregierung beschlossenen Gesetzesentwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz bedingt ist, dann ergeben sich daraus völlig neue Beratungstatbestände für die Aufstellung des Haushaltes. Gerade in einer solchen Situation wäre es mehr als nötig gewesen alle im Hennefer Rat vertretenden Fraktionen und wohl auch darüber hinaus mit in Beratungen einzubinden. Dies hat nicht stattgefunden. Transparenz ist etwas anderes. Es ist auch kein Akt von Transparenz, wenn darauf hingewiesen wird, dass die Steuererhöhungen ja erst im Haushaltsjahr 2013 umgesetzt werden sollen. Es gibt damit nicht den angekündigten Spielraum für eine ausführliche Analyse über das für und/ oder wider. Nein, heute einen Beschluss über eine Steuererhöhung zu fassen, ist voreilend und alle werden dann im nächsten Haushaltsjahr auf diesen Beschluss verwiesen werden, nach dem Motto, das haben wir doch so beschlossen.

Lernen CDU und FDP nicht dazu?

Stuttgart 21 ist ein solches Stichwort. Klar ist Stuttgart nicht mit der Hennefer Haushaltsaufstellung zu vergleichen, aber deutlich wurde und wird durch Stuttgart 21 und andere Aktionen, dass die Bürger größtmögliche Transparenz in und bei politischen Entscheidungen wollen. Sie wollen angehört und mitgenommen werden. Wir sind glücklich dass es dieses Aufbegehren von Bürgern wieder gibt, denn es war lange Zeit nur Politikverdrossenheit zu spüren und zu beobachten.

Politikverdrossenheit dürfen wir nicht fördern!

Bereits in meiner letzten Haushaltsrede habe ich die Einrichtung einer Investitionskommission gefordert, andere haben eine solche Kommission Finanzkommission genannt, egal, das wäre aber ein mögliches Instrument für das Schaffen einer größeren Transparenz. Zitat von mir aus der Haushaltsrede des Vorjahrs: „...dass eine Investitionskommission eingerichtet wird. Dies sind alles Schritte, die die notwendige Transparenz herstellen und sichern werden.

Alle, der Rat und vor allem die Bürgerinnen und Bürger, wollen klare Daten. Nur so sind Entscheidungen darstellbar und vertretbar“.

Aber nichts ist in dieser Richtung geschehen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass interfraktionale Gespräche aller im Rat vertretenden Parteien eine einheitliche fraktionsübergreifende Regelung /Lösung gebracht hätten, gut wir mussten feststellen, dies war von der CDU und der FDP nicht gewollt.

Alle Fakten hätten auf den Tisch gehört, die Fragen zur Erhöhung der Einnahmen, der möglichen Einschränkung von freiwilligen Leistungen, der Kostenersparnis, des eventuellen Personalabbausbei der gleichzeitigen und notwendigen Aufrechterhaltung von Angeboten an die Bürger.... dies hätte einen breiten Konsens erbringen können. Man hätte weitere Lösungsansätze diskutieren können, wie das Schieben von Ausgaben und oder andere Lösungsansätze. Sogar Appelle an die Landesregierung in Düsseldorf blieben aus. Wir haben daher heute eine entsprechende Resolution zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 dem Rat zur Verabschiedung vorgelegt. Es handelt sich dabei um den Versuch die nicht gerechte Gemeindefinanzierung mit der darin erfolgten Grunddatenerfassung zur Rücknahme kommen zu lassen und damit nochmals in eine durchaus notwendige, aber gerechte und homogene Gemeindefinanzierung in einer überarbeiteten Form entstehen zu lassen. Es kann nicht richtig sein, dass „gesunde“ Kommunen in ein Haushaltsicherungsgesetz gezwungen werden.

Es wäre also für Hennef nicht nur die eine, quasi alternativlose, Lösung als das Ultimo Ratio übrig geblieben.

Heiner Geißler hat wegweisend in seinem Schlichterspruch zu Stuttgart 21 gesagt: „Politische Akteure sollten ihre Positionen erläutern und nicht per Ordre de Mufti „alternativlos“ nennen“. Wir dürfen in heutiger Zeit keine politische Ohnmacht und damit Perspektivlosigkeit demonstrieren.

Lösungen müssen von allen getragen werden, nur so kann das Leben auch in dieser Stadt attraktiv bleiben.

Die derzeitige Haushaltssituation erfordert die bereits erwähnte Transparenz und nicht wie hier geschehen, die Entmündigung eines halben Stadtrats zum degradierten Stimmvieh.

Eine Bürgerbeteiligung wie sie aktuell in Bonn stattfindet wäre eine Möglichkeit die Hennefer Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung des Haushaltes zu beteiligen. Auf dem noch bis übermorgen offenen Internetportal haben alleine bis heute 1,8 Mill. Zugriffe stattgefunden und es wurden über 1600 Einsparvorschläge gemacht. Mit keiner anderen Art der Beteiligung, ob in Form von öffentlichen Sitzungen oder Versammlungen hätte dies erreicht werden könne. Hennef muss sich daher überlegen ob die neuen Entwicklungen öffentlicher Kommunikation nicht ein der Situation gerecht werdendes Instrument darstellen und für Hennef installiert werden. Wir, die gewählten Volksvertreter brauchen dabei keine Angst zu haben, dass wir unserer Verantwortung entbunden werden, nein, wir erhalten lediglich ein ergänzendes repräsentatives demokratisches Instrument das bei schwierigen Entscheidungen helfen kann.

Jeder Bürger muss komplett anders mit Geld umgehen, als Hennef dies tut. Jeder Bürger hat bei einer Investition eine Eigenkapitalquote nachzuweisen. Hennef ist solcher Quote komplett entzogen. Hennef kann keinen Konkurs anmelden, oder eventuell doch? Ist dies das über der Stadt schwebende Haushaltssicherungskonzept?

Bedeutet das HSK die komplette Ohnmacht für Hennef oder bietet dies Möglichkeiten der generellen Überprüfung aller Finanztransaktionen, die der kleinen und die der großen?

Ist das HSK eine Möglichkeit? Wollen wir es prüfen?

Nicht nur Hennef hat diese Haushaltssituation, nein die Anzahl der Städte und Gemeinden, die nicht im HSK sind, nimmt rapide ab. War vor Jahren die Einführung von NKF die Chance sich finanziell gesund zu rechnen und damit neu auf zustellen, so ist heute doch wohl erkennbar, das die Stellschrauben des NKF nicht dauerhaft greifen. Hennef droht ein HSK.

Welche Parameter müssen beim NKF anders justiert werden? Eine Frage die sicherlich bald in Düsseldorf zu beantworten ist, da wie bereits erwähnt die Zahl der im HSK befindlichen Städte und Gemeinden dramatisch zunehmen wird. Auch in dieser Frage sind dringend Appelle an Düsseldorf zu richten.

Deutlich wollen wir Grünen aber auch sagen, ein Haushaltsicherungskonzept für Hennef wollen wir nicht. Hennef ohne Gestaltungsspielräume, nein. Freiwillige Leistungen müssen für das Wohl und die Attraktivität Hennef erhalten bleiben.

Wenn alle genannten Aspekte aktuell nicht greifen, sind wir der Meinung, der Haushalt muss auf Sicht gefahren werden.

Es gilt besonders in schwierigen Zeiten auch Mut zu haben. Beschlüsse zu revidieren, wir hätten diesen Mut.

Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, dass wir Grüne die weitere Entwicklung der Zukunft Hennef aus den Augen verlieren, aber es muss folgender Grundsatz gelten: Hennef kann nur das finanzieren, was intergenerativ gerecht ist.

Es muss eine finanziell verantwortliche, nachhaltige, generationsgerechte Festlegung der Prioritäten bezüglich der Ausgaben und Investitionen erfolgen. Für uns Grüne sind Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung die Entscheidungsgrößen.

Wir Hennefer Grünen können und werden dem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen, da u.a die notwendige Transparenz bei der Haushaltsaufstellung fehlt und eine breite Beteiligung aller nicht stattgefunden hat. Auch ist ohne offene Prüfung keine Zustimmung zu Steuererhöhungen von unserer Seite möglich.

Zum Schluss danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen hier anwesenden Mitgliedern des Stadtrates und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ein gutes und erfolgreiches Politikjahr. Ein besonderer Dank gilt am Ende der Verwaltung für die viel geleistete Arbeit.


Matthias Ecke
(Fraktionsvorsitzender)